



Jahresbericht 2012

Mit **Basta!** auf Kurs bleiben.

Basels starke Alternative

www.basta-bs.ch / sekretariat@basta-bs.ch

«*Mit weniger Steuern kommt man rasch vom Kurs ab.*» **Basta! Weisheit**

Basels starke Alternative

Es gibt keinen Grund, die Unternehmensgewinnsteuer zu senken. Gar keinen. Keinen einzigen. Nicht die Spur. Sagen wir einfach **Nein!**

Inhaltsverzeichnis

1	Bericht der Koordination	3
1.1	Wahlen	4
1.2	Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen	4
1.3	Vernehmlassungen	5
1.5	Entwicklung der Mitgliederzahlen	7
1.7	Finanzen	7
1.8	Politischer Ausblick / Jahresplanung	7
2	Bericht der Fraktion	10

Ein weiteres Geschäft, das die Fraktion beschäftigt hat, war der Bericht der UVEK zur Initiative „Ja zur Tramstadt Basel“ (die BastA! mitunterstützt hat) und zum entsprechenden Gegenvorschlag. Wir unterstützten den Bericht und die Anträge der UVEK, die den Gegenvorschlag des Regierungsrates in unserem Sinne verbesserten, indem eine neue Tramlinie über die Johanniterbrücke in die Vorlage aufgenommen wurde – gegen den Willen des Regierungsrates.

Im Dezember kam die Stellungnahme der Petitionskommission zu unserer Petition „Hände weg vom U-Abo“ vor den Grossen Rat. Zwei Tage vor der parlamentarischen Debatte war die Vollversammlung des TNW zu den gleichen Schlüssen gekommen wie die Petitionskommission: Ein Mehrzonenmodell sei weniger einfach zu handhaben als der bestehende einheitliche Tarif. Damit erübrigte sich eine Debatte über die Petition, denn deren Hauptforderung, das U-Abo in der bisherigen bewährten Form beizubehalten, war erfüllt.

Am Ende des Jahres reichte BastA! (durch Heidi Mück) gemeinsam mit der SP zwei Motionen zur Änderung des Beschaffungsgesetzes ein. Die ständigen Verstösse gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen bei der Messe-Baustelle hatten ein so unerträgliches Ausmass angenommen, dass von unserer Seite her unbedingt etwas unternommen werden musste. Die damals aktuelle Situation konnten wir damit nicht verändern. Wir wollten jedoch für die Zukunft gewappnet sein. Diese zwei Motionen wurden Anfang 2013 an den Regierungsrat überwiesen

Das ganze Jahr war auch von kleinen unerwarteten Erfolge gekennzeichnet. Anzüge und Motionen (zum Beispiel zur Einführung von Formularen zur Meldung von Anfangsmietzinsen) wurden überwiesen, Anträge unerwartet gutgeheissen. Kleine Erfolge, die jedoch meist der mangelnden Disziplin bürgerlicher GrossrätInnen zu verdanken waren. Da die Bürgerlichen viel mehr Absenzen zu verzeichnen hatten als die Linke, kippten die Mehrheitsverhältnisse gelegentlich zu unseren Gunsten. Ein schwacher Trost, vor allem im Hinblick auf die neue Legislatur und die neue Zusammensetzung des Parlaments. Wir bleiben jedoch dran, mit Elan, guten Ideen und vor allem unbeirrt.

Patrizia Bernasconi

2 Bericht der Fraktion

Im Januar beantwortete der Regierungsrat die Motion von Heidi Mück zur Einführung eines Mindestlohns für Kantonsangestellte in der Höhe von 4'000 Franken. Der Regierungsrat ging auf die Forderung von Heidi nicht ganz ein. Trotzdem konnte ein kleiner Erfolg erzielt werden. Der Regierungsrat hatte sich nämlich bereit erklärt, diesen Mindestlohn wenigstens bei Personen mit Familienpflichten vorzusehen. Dem Anliegen, für alle Kantonsangestellten einen Mindestlohn zu zahlen, wurde aber nicht entsprochen. Trotzdem war dies ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Im Februar wurde der Ratschlag betreffend die seitliche Öffnung des Kasernenareals diskutiert. Dabei ging es auch um die Frage, wie mit der Initiative für eine grosszügige Öffnung des Kasernenhauptbaus umgegangen werden soll. Die Fraktion begrüsst den Vorschlag, das Kasernenareal seitlich zu öffnen. Sie war jedoch geteilter Meinung, ob die „grosszügige Öffnung“, wie sie die Initiative verlangt, zum Ziel führt, die Kaserne zu einem kulturellen Zentrum für unterschiedlichste Akteure zu machen, und gleichzeitig die kleine Oase als Begegnungsort für die kleinbasler Bevölkerung zu erhalten. Störend war vor allem, dass zuerst Überlegungen zur Gestaltung gemacht werden sollen, ohne die Folgen der seitlichen Öffnung abzuwarten und ohne ein Nutzungskonzept zu erarbeiten. Die Kaserne ist auf jeden Fall eine „affaire à suivre“.

Kritik gab es auch hinsichtlich des Ratschlags zum Bebauungsplan „Rheinfront“. Wieder einmal hat Novartis im Eiltempo die Bewilligung von Hochhäusern am Rhein durch Behörden und Parlament gepeitscht.

Der Ratschlag und Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zur Änderung der Ladenöffnungszeiten war das grosse Politikum im Jahr 2012. Die Debatte im Grossen Rat glich zeitweise einem Krimi. Die bürgerliche Mehrheit schaffte es, neben zwei zusätzlichen Einkaufssonntagen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten an Samstagen bis 20 Uhr durchzusetzen. Die Stimmberechtigten machten dann allerdings im März dieses Jahres den Bürgerlichen einen Strich durch die Rechnung. Die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten wurde mit grossem Mehr abgelehnt.

1 Bericht der Koordination

Am 17. Juni 2012 konnte die Linke wieder einmal feiern. Eine knappe Mehrheit der Stimmberechtigten lehnte die erneute Senkung der Unternehmensgewinnsteuer für hochrentable Firmen ab. BastA! war die erste Partei, die öffentlich verkündet hat, gegen diesen Grossratsbeschluss das Referendum zu ergreifen. Mit unserer entschlossenen Haltung haben wir wesentlich dazu beigetragen, dass auch die SP und die Juso das Referendum ergriffen haben. Es ist nun aber nicht so, dass wir – wie Eva Herzog unterstellt – den Unternehmen die Gewinne missgönnen. Es macht einfach weder ökonomisch noch gesellschaftspolitisch Sinn, den Reichen Steuergeschenke zu machen und damit die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter zu öffnen. Die immensen Vermögen in der Hand einiger Weniger richten weltweit nur Unheil an.

Ein schöner Erfolg war auch unserer Petition „Hände weg vom U-Abo“ beschieden. Die Petition richtete sich insbesondere gegen die Idee einer Zonierung. Inzwischen hat der Tarifverbund Nordwestschweiz beschlossen, das U-Abo in seiner bisherigen Form beizubehalten. Damit ist die wichtigste Forderung der Petition erfüllt.

Das Jahr 2012 war aber auch geprägt von den Gesamterneuerungswahlen. Das Grüne Bündnis erzielte kein überragendes, aber ein gutes Ergebnis. Wir konnten trotz eines leichten anteilmässigen Stimmenrückgangs unsere 13 Grossratsitze verteidigen. Das ist ein gutes Resultat. Auch für BastA! sieht es nicht schlecht aus. Sibel Arslan und Brigitta Gerber im Westen, Patrizia Bernasconi im schwierigen Osten und Heidi Mück in Kleinbasel sind mit Spitzenresultaten wieder in den Grossen Rat gewählt worden, ebenso Urs Müller. Für die nächsten vier Jahre sind wir gut aufgestellt. Unsere GrossrätInnen decken ein breites Themenspektrum ab und verfügen alle auf ihren jeweiligen Spezialgebieten über fundierte Sachkenntnisse. Wegen der Amtszeitbeschränkung nicht mehr zu den Wahlen antreten konnten Béatrice

Alder und Markus Benz. Wir möchten an dieser Stelle den beiden herzlich für ihr langjähriges Engagement im Grossen Rat danken.

1.1 Wahlen

Neben den Wahlen für den Grossen Rat wurde auch der Regierungsrat gewählt. Dem rot-grünen Bündnis ist es gelungen, die Regierungsmehrheit zu verteidigen. Alle vier Bisherigen schafften den Sprung in die Regierung bereits im ersten Wahlgang. Für das Regierungspräsidium allerdings musste Guy Morin zu einem zweiten Wahlgang antreten. BastA! hat sich dafür eingesetzt, dass einige uns wichtige Themen in die Wahlplattform aufgenommen wurden, vor allem in den Bereichen Wohn- und Sozialpolitik. Es muss sich in den kommenden vier Jahren zeigen, inwieweit die Regierung bereit ist, diese Wahlversprechen auch in die Tat umzusetzen.

1.2 Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen

Am 9. Februar wählte BastA! an einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein **Parteipräsidium**. Die Wahl fiel auf **Urs Müller**, der schon bis anhin BastA! in der Öffentlichkeit ein Gesicht gegeben hat. Urs stellte allerdings klar, dass seine Wahl eine Wahl auf Zeit sei. In zwei Jahren werde er definitiv zurücktreten. BastA! stehe nun vor der Herausforderung, einen Generationenwechsel in die Wege zu leiten.

Am 13. März referierte **Heiner Flassbeck** zum Thema **Die Eurokrise: Ursache, Auswirkungen, Antworten**. Obwohl am gleichen Abend das Fussballspiel Bayern München gegen den FC Basel stattfand, besuchten gut 40 Personen die äusserst spannende und informative Veranstaltung. Heiner Flassbeck legte anschaulich die makroökonomischen Zusammenhänge dar, die schliesslich zur Eurokrise führten. Dabei wurde deutlich, dass die Hauptschuld am Euro-Debakel nicht etwa die hochverschuldeten Länder des Südens trifft. Exportweltmeister Deutschland hat mit seiner Niedriglohnpolitik – die bekanntlich noch unter Schröder/Fischer in die Wege geleitet worden ist – und seinen

Spannende Abstimmungsvorlagen. Vermutlich im September dieses Jahres kommen auf nationaler Ebene zwei spannende Vorlagen zur Abstimmung: einerseits die GSoA-Initiative für die Abschaffung der Wehrpflicht, andererseits die 1:12-Initiative der Juso. Letztere will in der Verfassung festschreiben, dass die Spitzengehälter in einem Betrieb höchstens das Zwölfwache der tiefsten Gehälter betragen dürfen. Niemand soll in einem Jahr weniger verdienen als die Spitzenmanager im gleichen Unternehmen in einem Monat. Heute verdient ein Top-Manager in der Schweiz im Schnitt 73 Mal mehr als die Angestellten mit den tiefsten Löhnen. Diese Initiative hat Biss und wird es uns erlauben, die Frage der sozialen Gerechtigkeit ins Zentrum zu rücken.

Urs Müller, Präsident, und Martin Flückiger, Parteisekretär

Rahmenbedingungen für private Investoren zu schaffen. Seit Jahren fordert BastA! von der Basler Regierung eine aktive Wohnpolitik, insbesondere auch zum Schutz von günstigem Wohnraum. Denn der wird in unserer Stadt immer knapper. Wenn aber das Wohnen teurer wird, verschärft sich die soziale Ungleichheit. Wohnpolitik hat nicht nur mit Stadtentwicklung zu tun, sondern ist auch ein wichtiger Pfeiler der Sozialpolitik. In den kommenden Jahren stehen wichtige Entscheide an, in welche Richtung sich Basel entwickeln soll. Die Abstimmung über die Bodeninitiative könnte da wegweisend sein. BastA! wird sich dafür einsetzen, dass die betroffene Bevölkerung in den Entscheidungsprozess einbezogen wird und auch die Interessen der Menschen mit geringem Einkommen berücksichtigt werden.

Asylgesetzrevision. Am 17. Juni stimmen wir über die erneute Verschärfung des Asylgesetzes ab. BastA! hat das Referendum gegen diese Vorlage aktiv mitgetragen. Mit der aktuellen Revision des Asylgesetzes wurden Massnahmen beschlossen, die die Menschenrechte von Asylsuchenden und Flüchtlingen in schwerwiegender Weise verletzen. Schon seit Jahren wird das Asylrecht kontinuierlich ausgehöhlt. Den Boden dafür bereitet hat die SVP mit ihren Hetzkampagnen. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament disqualifizierte sich als willfährige Vollstreckerin dessen, was die Rechtsausserpartei vorgedacht hat. Es ist zu hoffen, dass die Bevölkerung langsam genug hat von den immergleichen Provokationen und menschenverachtenden Abstimmungskampagnen. BastA! wird sich jedenfalls entschieden für ein Nein einsetzen.

Verkehrspolitik. Auch in der Verkehrspolitik stehen im laufenden Jahr wichtige Entscheide an. Insbesondere das sogenannte „Herzstück“, also die unterirdische Schnellbahnverbindung zwischen Bahnhof SBB und Badischem Bahnhof, dürfte für Zündstoff sorgen. Etliche BastA!-Mitglieder stehen diesem enorm teuren Vorhaben sehr skeptisch gegenüber. Zu reden geben dürfte aber auch die neu zu schaffende Tramlinie 30 über die Johanniterbrücke – eine Forderung der inzwischen zurückgezogenen Traminitiative.

immensen Handelsbilanzüberschüssen wesentlich zu Destabilisierung der Eurozone beigetragen und über lange Zeit von der Schuldenwirtschaft in Griechenland enorm profitiert.

Am 26. April fand die ordentliche **Jahresversammlung** im Neuen Kino in Kleinhüningen statt. Neben den statutarischen Traktanden ging es einerseits darum, unsere KandidatInnen für die Grossratswahlen zu nominieren. Andererseits beschlossen wir die Parolen für die kommenden Abstimmungen.

Am 18. August gab es einen ganz besonderen Anlass: ein **Bootsch-Turnier** mit einer Gruppe Jenischer aus Basel. Bootschen ist die jenische Art, Steine zu werfen – entfernt verwandt mit dem Boule-Spiel. Der Anlass war nicht nur sehr unterhaltsam, sondern bot auch die Gelegenheit, Einblicke in die Kultur der Jenischen zu gewinnen.

Am 29. Oktober schliesslich analysierten wir an einer **Mitgliederversammlung** die Wahlergebnisse und fällten Beschlüsse bezüglich des zweiten Wahlgangs. Zur Debatte stand, ob wir eine eigene Regierungsratskandidatin ins Rennen gegen Baschi Dürr schicken wollen, um dem linken Wählerspektrum eine Alternative zu bieten. Nach intensiver Diskussion verwarfen wir die Idee, zumal unsere Bündnispartner SP und Grüne signalisiert hatten, eine solche Kandidatur nicht mitzutragen. .

1.3 Vernehmlassungen

BastA! hat sich im Rahmen von Vernehmlassungen zu drei Vorlagen geäussert.

Staatsbeitragsgesetz: BastA! begrüsst es zwar, dass mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf Klarheit und Transparenz für die subventionierten Institutionen geschaffen werden soll, doch gingen die konkreten Ausführungen noch zu wenig weit. Ziel dieses Gesetzes sollte die Gleichstellung der Anstellungsbedingungen subventionierter Institutionen mit denjenigen des Kantons sein. In dieser Beziehung wurde mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf nach Meinung von BastA! eine

Chance verpasst. Ebenso vermisste BastA! eine Regelung für die Gestaltung des Teuerungsausgleichs. Eine Regelung in Richtung eines automatischen Teuerungsausgleichs wäre für die betroffenen Institutionen ein wichtiges Signal der Wertschätzung und würde zur Planungssicherheit beitragen. Die überarbeitete Vorlage wird jetzt in den Kommissionen behandelt.

Allmendgesetz: BastA! bemängelte, dass das Gesetz sehr allgemein und schlank ausgestaltet ist (Rahmengesetz), und dass alle Details vom Regierungsrat in der Verordnung geregelt werden sollen. Es sei aus dem Ratschlagsentwurf nicht ersichtlich, in welcher Richtung die Verordnung formuliert werden wird. Aufgrund einiger Beispiele im Ratschlagsentwurf sei zu befürchten, dass die Ausübung von Grundrechten eingeschränkt werden soll, was aus unserer Sicht nicht akzeptabel wäre. Daneben enthält das Gesetz auch begrüßenswerte Elemente, so etwa eine grosszügige Regelung für Strassenfeste, wie Heidi Mück dies in einem Anzug gefordert hatte.

Änderung der Verordnung über das Grundbuch: BastA! lehnte diese Revision der Grundbuchverordnung ab. Es handele sich erstens um eine doppelte Vorlage, da diese Revision darauf abziele, das Kantonsblatt abzuschaffen. Das Kantonsblatt diene bereits seit mehr als 200 Jahren der Transparenz. Es gebe keinen Grund, daran etwas zu ändern. Zweitens gehe es hier konkret um die Abschaffung von §7 VOGB (Veröffentlichung von Handänderungen), was wir entschieden ablehnen. Es sei schon erstaunlich, dass der Regierungsrat letzte Woche das neue Wohnraumförderungsgesetz präsentiert habe, in dem Wohnen für alle propagiert wird, und gleichzeitig den wichtigen §7 VOGB abschaffen wolle, der die Transparenz auf dem Wohnungsmarkt (inkl. Bodenmarkt) garantiere. In der überarbeiteten Verordnung ist nun die Veröffentlichung von Handänderungen wieder garantiert.

1.4 Entwicklung der Mitgliederzahlen

Die Zahl der Mitglieder hat sich leicht erhöht. 1 Austritt standen 5 Neueintritte gegenüber. BastA! hat 159 Mitglieder. Zu den Mitgliedern im engeren Sinn kommen noch die „Passivmitglieder“, die BastA! regelmässig mit Spenden unterstützen und den Mitgliederversand erhalten. Diese Kategorie ist von 186 Personen auf 191 angestiegen. Der Mitgliederversand erreicht somit rund 350 Personen. Bei den Mitgliedern beträgt der Frauenanteil 46%, bei den „Passivmitgliedern“ 51%.

1.5 Finanzen

Die Finanzen haben sich im Berichtsjahr erfreulich entwickelt. Die Jahresrechnung 2012 weist einen Gewinn von Fr. 3'800 aus. Für ein Wahljahr ist dies ein sehr gutes Ergebnis. Budgetiert war ein Verlust von rund Fr. 12'000. Das erfreuliche Resultat ist vor allem dank höheren Einnahmen sowohl bei den Mitgliederbeiträgen wie bei den Spenden und Mandatsabgaben zustande gekommen. Aber auch bei den Ausgaben haben wir das Budget leicht unterschritten.

1.6 Politischer Ausblick / Jahresplanung

Wohnpolitik und Stadtentwicklung. Die Stadt Basel verändert sich rasant. Auf der Erlenmatt und auf dem Dreispitzareal entstehen neue Quartiere, über die Zukunft des Kasernenareals wird gestritten, die Grossüberbauungen zwischen Voltamatte und St. Johanns Bahnhof sind fertig gestellt und geben dem Quartier ein neues Gepräge, die grossen Konzerne überbieten sich gegenseitig mit neuen Hochhausprojekten, und nicht zuletzt haben die Pläne zur Umnutzung des Hafensareals in Kleinhüningen die Gemüter erhitzt. Bei all diesen Projekten gilt es, genau hinzuschauen. Für wen soll Wohnraum entstehen? Wer gewinnt, wer verliert? Im St. Johann sind die Auswirkungen der „Quartiersaufwertung“ bereits spürbar. Der Druck auf die Mieten wächst. Der Verdrängungsprozess hat längst eingesetzt. Fehlentwicklungen wie auf der Erlenmatt und bei der Markthalle machen deutlich, wie wichtig es wäre, dass der Kanton sich aktiv einmischte und seine Rolle nicht darauf beschränkte, optimale